

BUCHBESPRECHUNGEN

Bechberger, Mischa: *Erneuerbare Energien in Spanien. Erfolgsbedingungen und Restriktionen.*

(Udo E. Simonis)..... 232

Geissbühler, Simon (Hrsg.): *Der amerikanische Neokonservatismus und die Außenpolitik der USA. Anne Bayefsky, Max Boot, Michael A. Ledeen, Joshua Muravchik und Douglas Murray in der Diskussion.*

(Harald Bergbauer)..... 233

Knoll, Manuel: *Aristokratische oder demokratische Gerechtigkeit? Die politische Philosophie des Aristoteles und Martha Nussbaums egalitaristische Rezeption.*

(Alexander von Pechmann)..... 234

Majer, Diemut: *Frauen – Revolution – Recht. Die großen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen. Unter Einbezug von England, Russland, der USA und der Schweiz.*

(Gabriele Kokott-Weidenfeld)..... 236

Oltmer, Jochen: *Migration im 19. und 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.*

(Peter Schimany)..... 239

Mischa BECHBERGER: *Erneuerbare Energien in Spanien. Erfolgsbedingungen und Restriktionen. Ibidem-Verlag 2009, 832 Seiten, 59,90 EUR.*

Spanien hat in jüngster Zeit erheblich in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert und gilt inzwischen weltweit als einer der Vorreiter in diesem Sektor – mit 16 Prozent der globalen Windkraftkapazität, der zweiten Stelle der installierten Fotovoltaik und rund 200.000 Beschäftigten. Gründe genug für Mischa Bechberger, die Förderpolitik Spaniens einmal systematisch zu untersuchen.

Dies geschieht mit Hilfe einer umfangreichen historischen Betrachtung der Entwicklung der verschiedenen Teilbereiche der erneuerbaren Energien (der Strom- und Wärmezeugung, der Herstellung von Biokraftstoffen) und der Analyse der Instrumentarien und Regulierungsmuster ihrer Förderung, der hindernden und forcierenden nationalen Faktoren, der europäischen und der internationalen Rahmenbedingungen (EU-Gesetzgebung und UN-Klimarahmenkonvention). Dieser Entwicklungsprozess wird umfassend und unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Einflussfaktoren beschrieben.

In einem ersten großen Kapitel (S. 32–133) werden die Beiträge der einzelnen Energieträger Spaniens dargestellt, um deren Pfadabhängigkeit erkennen zu können. In einem ebenfalls umfangreichen Kapitel werden die Akteure im Politikfeld Erneuerbare Energien in ihrer jeweiligen Bedeutung einzuschätzen versucht (S. 134–220). Im zentralen Kapitel der Arbeit analysiert der Autor dann die Regulierungsmuster für erneuerbare Energien in Spanien (S. 221–435), einschließlich jener Einflüsse, die von der europäischen (EU-Richtlinien) und der internationalen Ebene (»Kyoto-Protokoll«) ausgehen. Den Restriktionen und den Erfolgsbedingungen erneuerbarer Energien in Spanien gilt ein weniger umfangreiches Kapitel (S. 436–471). Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit werden dann im abschließenden Kapitel (S. 472–483) dargestellt, im Sinne der Prüfung der anfänglichen Arbeitshypothesen und eines Ausblicks auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft. Methodisch basiert die Arbeit auf der detaillierten Analyse statistischer Daten, der ausführlichen Darstellung und Bewertung der nationalen Gesetzgebung und der Auswertung der vor Ort durchgeführten Experteninterviews.

Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit lassen sich so zusammenfassen: Der Erfolg der spanischen Politik zur Förderung erneuerbarer Energien beruht auf einem breiten Mix umweltpolitischer Instrumente, insbesondere aber auf einem spezifischen Einspeisevergütungsmodell und verschiedenen Solarverordnungen auf kommunaler und nationaler Ebene. Der Konkurrenzkampf zwischen

etablierten und neuen Akteuren des Energiemarktes war wenig ausgeprägt wegen des frühen Markteintritts der großen EVU. Zwischen Umweltschützern und Modernisierern der Industrie kam es relativ früh zu konstruktiver Zusammenarbeit. Die EU (mit Energie-Weißbuch und EU-Richtlinien) wurde zu einem wichtigen Impulsgeber für eine ambitionierte nationale Förderpolitik.

Diesen Erfolgen stehen eine Reihe von Defiziten gegenüber: Die Politikintegration innerhalb des spanischen Regierungssystems gelang nur ansatzweise, die Koordination der relevanten Politikbereiche blieb mangelhaft, insbesondere die Verbesserung der Energieeinsparung und die Erhöhung der Energieeffizienz. Noch deutlicher war die Zielverfehlung in Bezug auf die spanischen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Rahmen des Kyoto-Prokolls. Förmlich ist Spanien bis zum Jahr 2012 in der Pflicht mit einer Reduzierung von 8 % gegenüber 1990; im Rahmen des europäischen *burden-sharing* wurde allerdings ein Plus von 15 % zugubilligt. Faktisch haben Spaniens Emissionswerte jedoch um sage und schreibe 52,5 % (2007) gegenüber 1990 zugenommen, von Abkopplung kann also keine Rede sein. Das Dilemma der Energiepolitik Spaniens besteht daher weiterhin zwischen dem wachstumsbedingten steigenden Energieverbrauch, der hohen Energieimportabhängigkeit und den (insbesondere nach 2012 weiter zunehmenden) Klimaschutzverpflichtungen des Landes.

Mischa Bechberger hat eine beeindruckende Studie vorgelegt. In ihrer ausführlichen Empirie und ihrer methodischen Verknüpfung ist ihm eine außerordentliche Leistung gelungen. Die Arbeit ist historisch und faktisch umfassend. Sie liefert einen gründlichen Rückblick und eine detaillierte Analyse eines relativen Erfolgsfalls - und somit auch eine Perspektive für die systematische Betrachtung erneuerbarer Energien und ihrer Förderpolitik in anderen Ländern.

Udo E. Simonis

Simon GEISSBÜHLER (Hrsg.): *Der amerikanische Neokonservatismus und die Außenpolitik der USA*. Anne Bayefsky, Max Boot, Michael A. Ledeen, Joshua Muravchik und Douglas Murray in der Diskussion. LIT Verlag 2008, 201 Seiten, 24,90 EUR.

Der vorliegende Sammelband präsentiert auf drei Ebenen zuerst wichtige Originalbeiträge von prominenten Neokonservativen, schließt daran ein Gespräch zwischen dem Herausgeber des Bandes und Michael A. Ledeen an, und enthält im dritten Teil eine Reihe sehr aufschlussreicher Analysen zu verschiedenen Aspekten neokonservativer Theorie und Praxis. Die Motivation für die Veröffentlichung des Bandes besteht in der beobachteten Diskrepanz zwischen der Beurteilung des Neokonservatismus auf der einen Seite und der Kenntnis seiner Theorien und Vordenker auf der anderen Seite; den Herausgeber stieß ab, dass die Neokonservativen in den vergangenen Jahren im deutschen Sprachraum zumeist als Weltverbesserer, Imperialisten und Militaristen verschrien worden waren, obwohl deren Schriften und Reden nur im Ausnahmefall bekannt waren und auf Deutsch vorlagen.

In der Sektion »Originalbeiträge« werden ausgewählte Texte von Joshua Muravchik, Douglas Murray, Max Boot und Anne Bayefsky präsentiert. Die Autoren unterstreichen zentrale Werte des Neokonservatismus wie die Überzeugung, dass der Weltfrieden unteilbar sei, Ideen eine enorme Wirkkraft entfalten können, Freiheit und Demokratie universelle Werte seien, die nur im Weltmaßstab verwirklicht werden könnten, und dass in der Welt tatsächlich Böses existiere, das die Politik zu konkreten Entscheidungen zwingt. Der Neokonservatismus versteht sich als Mischung aus Realismus und Idealismus: Er liefert nicht nur eine schonungslose Analyse aktueller Problemlagen, sondern sucht diese im Hinblick auf bessere Alternativen zu verändern. In dieser Hinsicht unterscheidet er sich deutlich vom traditionellen (Paläo-)Konservatismus, der sich in der Verteidigung des Status quo erschöpfe. Für den Neokonservatismus ist das dezidierte Eintreten für Freiheit und Demokratie charakteristisch. Er steht für moralische Klarheit in einem Zeitalter, das durch einen buntscheckigen Relativismus und damit die Indifferenz gegenüber Gut und Böse geprägt ist. Angesichts der Herausforderungen der internationalen

Politik im 21. Jahrhundert verwirft der Neokonservatismus die Haltung des »Appeasement« und tritt für eine energische Vorwärtsstrategie ein. Seine Vertreter lehnen die »zahnlose multilaterale Diplomatie« (S. 31) der UNO ab, die sie als »Vehikel des Antisemitismus und des Antiamerikanismus« (S. 37) aburteilen.

Der Sammelband wendet sich dem theoretischen Hintergrund des Neokonservatismus ebenso zu wie seinem praktischen Einfluss. So diskutiert Alexandra Homolar-Riechmann die einst heftig umstrittene Frage, ob und inwieweit der Neokonservatismus von dem (in den USA bis heute hochprominenten) Philosophen Leo Strauss geprägt worden sei, der in den vergangenen Jahren zuweilen als *neoconservative mastermind* titulierte worden war, und auf dessen vermuteten Einfluss u. a. die Gleichung »Neocons« = »Leocons« zurückgeht. Der Autor des entsprechenden Artikels zeigt die Übereinstimmung von Strauss' Kritik an der Moderne, die durch Historismus und Positivismus, Relativismus und Neutralisierung des Politischen geprägt ist, mit der auch von den Neokonservativen geäußerten Kritik am Liberalismus, an der Entwicklung multikultureller Beliebigkeit und dem Verfall der moralischen Substanz. Innenwie Außenpolitik dürfen nicht moralisch wertfrei sein, sondern den Willen der Verwirklichung von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft erkennen lassen. Vor dem Hintergrund der Schwerpunktverlagerung der jüngeren Neokonservativen, die ihre Aufmerksamkeit vor allem der Außen- und Sicherheitspolitik zuwenden (S. 160), verliert allerdings auch das Denken von Strauss erkennbar an Einfluss. Der interessanten Frage, welche außenpolitischen Konzepte der aktuelle Neokonservatismus verfolgt, widmet sich Simon Geissbühler. Er bezeichnet Freiheit und Demokratie als die entscheidenden Ziele neokonservativer Außenpolitik und betont ihre offensive wie idealistisch-aktive Machtpolitik. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung, dass den Neokonservativen unter G. W. Bush alle Handlungsoptionen offen gestanden hätten, führt er überzeugend deren oft fehlende Kohärenz, offensichtliche Differenzen zwischen ihnen und dem Präsidenten (z. B. im Hinblick auf den Iran) sowie das ausgeklügelte amerikanische Regierungssystem mit seinen »checks and balances«, seiner unübersichtlichen Polyarchie und bürokratischen Widerständen ins Feld, die den Machbarkeitswillen der Neo-

konservativen immer wieder eingeschränkt haben. Ihre »idealistische Kompromisslosigkeit« (S. 112) stieß selbst nach der Erklärung des »Kriegs gegen den Terrorismus« zuweilen an ihre Grenzen.

Der vorliegende Sammelband beleuchtet den Neokonservatismus im Hinblick auf seine theoretische Fundierung, seine außenpolitischen Konzepte, die Tradition der amerikanischen Außenpolitik und seine Auswirkungen auf die Bush-Administration. Die Tatsache, dass der Band trotz sinnvoller Struktur nicht aus einem Guss ist und damit unterschiedliche Aspekte und Deutungen des Neokonservatismus zur Sprache bringt, macht ihn zur Durchdringung dieser machtvollen (und uneinheitlichen) Bewegung besonders hilfreich.

Harald Bergbauer

Manuel KNOLL: Aristokratische oder demokratische Gerechtigkeit? Die politische Philosophie des Aristoteles und Martha Nussbaums egalitaristische Rezeption, Fink-Verlag 2009, 352 Seiten, 39,90 EUR.

Seit den vertragstheoretischen Begründungen des Staates in der Neuzeit ist Aristoteles' politische Philosophie vorwiegend von konservativer Seite in Anspruch genommen worden. Sie sollte ein argumentatives und autoritatives Gegengewicht sowohl gegen egalitaristische Gleichheitskonzeptionen als auch gegen das demokratische Mehrheitsprinzip schaffen. Die Prozeduren der Willensbildung sollten an objektive Sachverhalte und die staatliche Gesetzgebung an materiales Recht gebunden sein. Diesen weitgehenden Konsens hat jüngst Martha Nussbaum, Altphilologin und Professorin für *Law and Ethics* in Chicago, gesprengt, als sie die aristotelische Ethik als Begründungsinstanz für ein sozialdemokratisches Politikverständnis in Anspruch nahm.

Dies ist die Ausgangslage von Manuel Knolls Arbeit über *Aristokratische und demokratische Gerechtigkeit?*, die 2009 als Habilitationsschrift an der Universität München angenommen wurde. Sie beansprucht, angesichts der Debatte die politische Philosophie von Aristoteles im politischen Spektrum zu verorten. Dabei seien vorab zwei methodische Vorzüge der Arbeit genannt: sie schließt sich keinem der gängigen Interpretationsmuster an, sondern unternimmt die Rekonstruktion »auf der Grundlage einer genauen Lektüre des überlie-

ferten Textes« (15). Und – was besonders hervorzuheben ist – sie stellt Aristoteles' politisches Denken in den Kontext seiner Gesamtphilosophie; dies haben die meisten politikwissenschaftlichen Interpretationen vernachlässigt. Auf diesem methodischen Fundament geht es Knoll darum, die »politischen Grundüberzeugungen und die ihnen zugrunde liegende Gerechtigkeitskonzeption [von Aristoteles] herauszuarbeiten« (16).

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Kontroverse, ob für Aristoteles die *Politie*, die er insbesondere im IV. Buch seiner *Politik* darlegt, oder die Aristokratie die beste Verfassung sei. Von dieser spricht er im VII. und VIII. Buch, ohne dafür freilich den Ausdruck »Aristokratie« zu verwenden. Vor allem in der deutschen Tradition dominierte die erste Deutung – die auch der Rezensent vertreten hat – und in den vergangenen Jahrzehnten oft genug verwandt wurde, um die »Soziale Marktwirtschaft« oder die Idee der »Mittelstandsgesellschaft« mit Argumenten zu versehen. Ihr gegenüber war es angelsächsische Tradition, Aristoteles' beste Verfassung als Aristokratie zu interpretieren.

Angesichts dieser Kontroverse und, um die offene Frage beantworten zu können, geht Knoll auf die Gerechtigkeitskonzeption von Aristoteles zurück, die für ihn das ethische Fundament des Politischen darstellt. Den Hauptteil der Arbeit bilden die textnahe Untersuchung der allgemeinen und partikularen sowie der proportionalen und arithmetischen Gerechtigkeit anhand der *Nikomachischen Ethik* und der *Politik*, die Diskussion der einschlägigen Interpretationen in der Sekundärliteratur sowie die Konsequenzen, die Aristoteles aus diesen ethischen Begriffen für die politischen Verfassungsprobleme zieht. Knolls Untersuchung führt zum Ergebnis, »dass Aristoteles der Gerechtigkeit, die proportional gemäß dem Wert (*kat' axian*) verfährt, nicht nur im öffentlichen und politischen Bereich, sondern in allen Anwendungs- und Rechtsbereichen den Vorrang vor der Gerechtigkeit einräumt, die nach der arithmetischen Gerechtigkeit verfährt«. Dies bringe zum Ausdruck, »dass er hierarchische Ständegesellschaften als gut geordnete Gesellschaften begreift« (125). Die Analyse aller einschlägigen Texte lege zwingend nahe, dass Aristoteles' beste Verfassung nur als »aristokratisch« bezeichnet werden könne.

Knoll belässt es nicht dabei. Er ordnet diese Bevorzugung der proportionalen Gerechtigkeit in

Aristoteles' »Erste Philosophie« ein, die sie metaphysisch begründet. Auch wenn die Ausführungen zu dessen Theorie der *ousia* recht knapp sind, treffen sie den Kern. Aristoteles erkennt die irdische Welt als eine hierarchische Zweckordnung von den unbelebten Dingen über die Pflanzen und Tiere bis zum Menschen, die jeweils einen inneren Zweck (*entelecheia*) besitzen, und deren niedrigere Stufe zugleich Mittel der höheren ist. Das höchste irdische Wesen aber sei derjenige Mensch, der Vernunft besitzt und aufgrund dessen zur Herrschaft bestimmt sei.

Mit dieser teleologischen Weltanschauung ist schon das ethisch-politische Prinzip bestimmt: die Herrschaft kommt den Besten zu, und die Besten sind die, die das, was sie von Natur sind, nämlich vernunftbegabt, im Denken und Handeln verwirklichen. Dies ist das höchste Gute auf Erden.

Daraus folgt Aristoteles' Grundsatz von der »fundamentalen Ungleichheit der Menschen« (135), da die menschliche Welt, so wie die irdische, hierarchisch geordnet sei. Knoll vollzieht detailliert nach, wie Aristoteles im VII. und VIII. Buch der *Politik* darlegt, dass Sklaven, Bauern, Handwerker etc. die ihrer Natur entsprechende Aufgabe haben, durch ihre jeweiligen Tätigkeiten der Verwirklichung der Besten zu dienen. Daher könne auch nur diejenige politische Verfassung die beste sein, die den Staat so einrichtet, dass in ihm die Besten die Herrschenden sind. Zu diesem Staat gehören, neben Größe und Lage, vor allem ein aristokratisches Regierungs- und Erziehungssystem.

Die einleuchtende Schlussfolgerung, die Knoll aus dieser Zusammenführung von Politik, Ethik und Metaphysik zieht, ist, dass Aristoteles' Grundüberzeugung aristokratisch und für ihn natürliches Denken aristokratisches Denken ist.

Der anschließende zweite Teil der Arbeit diskutiert den »aristotelischen Sozialdemokratismus« Martha Nussbaums. Er setzt sich kritisch mit ihrer These auseinander, Aristoteles' Begriff des Menschen sei »evaluativ« und nicht in seiner teleologischen Naturauffassung begründet. Er hebt den zentralen, sich auf Aristoteles berufenden Gedanken ihres »Fähigkeiten-Ansatzes« hervor, dass im politischen Bereich »menschliche Fähigkeiten einen moralischen Anspruch auf deren Entfaltung erheben« (246); und zeigt, dass die von Nussbaum erstellten Listen menschlicher Fähigkeiten Aristoteles des öfteren Gewalt antun. Der für Knoll wesentliche Gesichtspunkt ist jedoch – und dies ist

eine der Grundintentionen der Arbeit –, dass das von Nussbaum unterstellte Prinzip der Gleichheit aller Menschen nichts mit Aristoteles zu tun hat, für den die Idee ihrer Ungleichheit zentral für sein politisches Denken, ein »aristotelischer Sozialdemokratismus« folglich ein hölzernes Eisen ist.

Der letzte Teil geht der Frage der Aktualität des aristotelischen Gerechtigkeitsbegriffs nach. Knoll konstatiert zunächst, dass die gegenwärtige Debatte vor allem zwischen den so genannten »Egalitaristen« und »Non-Egalitaristen« geführt wird. Während für die ersteren der Grundsatz: »Jedem das Gleiche« das Gerechtigkeitsprinzip formuliert, ist es für die anderen der Grundsatz: »Jedem das Seine«. Knoll hebt mit Recht hervor, dass Aristoteles' Gerechtigkeitskonzeption sich in diesen Diskurs nicht einordnen lässt. Denn beide Parteien gehen von der Gleichheit der Menschen und ihrer Rechte aus, sie unterscheiden sich nur hinsichtlich der Konsequenzen, die sie daraus ziehen. Ihnen gegenüber bezeichnet Knoll die aristotelische (wie auch die platonische) Konzeption als »radikalen antiken Nonegalitarismus«; dieser sei radikal, weil er die »anthropologische Grundüberzeugung hat, dass die Menschen fundamental ungleich sind und deshalb von ungleichem Wert« (306).

Die Schlussüberlegungen bilden nach Ansicht des Rezensenten den schwächsten Teil der Arbeit. So gewissenhaft wie überzeugend Knolls Darlegungen über den aristokratischen Charakter der politischen Philosophie des Aristoteles sind, so zweifelhaft erscheinen die Überlegungen zur Aktualität seines Denkens. Denn er sieht die Überzeugungen von der Gleichheit vs. Ungleichheit der Menschen in zwei »grundsätzlich verschiedenen Existenzauslegungen und –haltungen« (310) wurzeln, zwischen denen es nichts Verbindendes geben könne, und zitiert Max Webers »unaufhebbarer Kampf der Werte« (312). Insofern artikuliere sich im »antiken radikalen Nonegalitarismus« zugleich eine überhistorische Grundüberzeugung. Diese von Knoll angenommene Antinomie zwischen »gleich« und »ungleich« erscheint jedoch nur dann als unaufhebbar, wenn die Ungleichheit als vertikal, nicht aber als horizontal gefasst wird. So verstanden wäre es eine Horravorstellung, wenn alle Menschen tatsächlich gleich wären. Warum aber sollte es undenkbar sein, die natürliche Verschiedenheit der Menschen, ihre je besonderen Fähigkeiten und Bedürfnisse, mit der poli-

tischen Gleichheit ihrer Rechte und Pflichten zu verbinden?

So ist es das Verdienst von Knolls Arbeit, den authentischen Aristoteles wiederhergestellt und von den Schlacken sowohl christlicher als auch humanistischer Interpretationen gereinigt zu haben. Sowenig wir freilich heute Aristoteles' teleologische Weltansicht teilen können, so wenig können wir sein antikes Bild vom natürlichen Vorrang des freien Griechen vor den Frauen, Sklaven und Barbaren teilen. Gerade diesen Zusammenhang der Politik und Ethik mit der Metaphysik herausgearbeitet zu haben, ist der Vorzug des Buches.

Alexander von Pechmann

Diemut MAJER: Frauen – Revolution – Recht. Die großen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen. Unter Einbezug von England, Russland, der USA und der Schweiz. Band 5 der Reihe Europäische Rechts- und Regionalgeschichte. Nomos Verlag / Dike Verlag, 479 Seiten, 59 EUR.

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich (mit 389 Seiten Textteil plus 24 Seiten Vorwort und 31 Seiten Dokumentationstexte) um ein umfangreiches, grundlegendes Werk, in dem die Verfasserin ihr Leitthema »Die Rechtsstellung der Frauen« detailliert und exakt, wissenschaftlich fundiert, politisch feinfühlig beschreibt.

Der Titel des Buches wirkt auf den ersten Blick sehr trocken, rein historisch- wissenschaftlich, also ungeeignet für den allgemein Interessierten. Die Verfasserin erläutert, es sei nicht nur ihre Zielsetzung ein Studienbuch für Studierende an den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Hochschulen zu erstellen und zugleich einen Beitrag zur Frauenforschung zu leisten; sie wolle außerdem Interessierte ansprechen, vor allem die jüngere Generation. Sie hat dabei die innere, persönliche politische Zielsetzung der »Frauenbewegung aller Länder... (zu) gedenken, ohne die der heutige Stand der Emanzipation nicht erreicht.....wäre (und) einen Teil...dieses Erbes an eine heute weitgehend geschichtsabstinente Gesellschaft weitergeben.« (S. XXXII)

Die gute Lesbarkeit des umfassenden Werkes wird durch eine absolut klare, stringente, pointierte Gliederung erleichtert. Dabei wird deutlich:

Diemut Majer ist von Hause aus Juristin (Prof. Dr. jur.) und Rechtsanwältin. Beim Lesen hat man zunächst eher den Eindruck, dass die Autorin Historikerin ist. Denn das inhaltliche Ziel der Studie ist es nach den Worten der Verfasserin, die Aspekte der Rolle der Frauen in den Revolutionen des 18./19./20. Jahrhunderts nachzuzeichnen. Dabei sind die Frauen für sie Objekte einer ereignisgeschichtlichen, sozialgeschichtlichen und insbesondere rechtsgeschichtlichen Forschung.

Ihre Fragen lauten: Wie sind die Auswirkungen der Revolution für die weitere Aktionen und Forderungen der Frauen hinsichtlich ihrer Rechtsstellung? Wurde die Situation der Frauen eher verbessert oder verschlechtert? Warum sind diese Fragen auch heute von Interesse?

Natürlich könnte man hier entsprechend einwenden: Ist die Frage, ob diverse Revolutionen die Situation der Frauen überhaupt verändert hat, heute noch wirklich relevant?

Die Verfasserin verweist dazu u.a. auf einen Brief von Karl Marx an einen Freund im Jahr 1868 (S. X): *»Jeder, der etwas von sich weiß, weiß auch, dass große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind.«* Weiter sagt die Verfasserin (ebenfalls S. X): *»In einigen revolutionären Phasen, z.B. in Frankreich, verbesserte sich die Stellung der Frauen (1789) und (sie) verschlechterte sich dann wieder (1804). In Deutschland aber brachte die Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts eine »bleibende Verbesserung.«* Allerdings blieben der soziale Status der Frauen und ihr Rechtsstatus immer divergierend (S. XI), so dass sich im 20. Jahrhundert die generelle Zielsetzung entwickelte, eine Kongruenz von Recht und Sozialer Wirklichkeit für Frauen zu erreichen.

Das vorliegende Buch gehört in eine Reihe von insgesamt 5 Bänden der Europäischen Rechts- und Regionalgeschichte, wobei sich die ersten 4 Bände trotz des umfassenden Titels der Reihe ausschließlich auf historisch regionale Themen der Schweiz beziehen. Erstmals im 5. Band wird der Bogen weit gespannt. Die Verfasserin schreibt über Frankreich, Deutschland, Österreich (jeweils sehr ausführlich, am intensivsten über Deutschland mit bald 200 Seiten) und sie gibt sogenannte Ausblicke (die Unterscheidung betrifft eher die Länge, was heißt die kurze Form der Ausführungen,) auf die Länder England, Russland USA und Schweiz, sowie sonstige Länder, wobei die Schweiz anders als

im Titel – wohl als Konzession an die Reihe des mit dem Nomos Verlag gemeinsam verlegenden Schweizer Dike Verlags – inhaltlich als erstes Land bei den Ausblicken angesprochen wird.

Es geht bei allen Ländern immer um die zwei Säulen: Frauen im öffentlichen Leben/ in der Politik und Frauen im Privaten/ in der Ehe/ Familie/ in der Bildung. Dies ist der einzig richtige Weg um die Frauen-Thematik problematisierend sinnvoll erfassen zu können, d. h. zunächst den »soften« Ansatz mit der Frage: Wie ist das sogenannte Private für die Frauen geregelt?, zu wählen. Die für diese Lebensbereiche jeweils geltenden Rechtssituationen beinhalten Rechtspositionen, die die derzeitigen grundlegenden Wertestrukturen innerhalb einer Gesellschaft ausdrücken.

Die Ausführungen der Verfasserin orientieren sich sehr stark an den privatrechtlichen Rechtssystemen. Das macht das Buch für Familienrechtler und für Privatrechtler mit sozialhistorischem Ansatz gleichermaßen interessant wie für Historiker überhaupt und für Sozialwissenschaftler. Das gilt ebenfalls für alle (insbesondere Studierende), die sich mit politisch-rechtlichen, gesellschaftlich-sozialen Fragen in Blick auf die Stellung von Frauen beschäftigen und die dazu den fundierten historischen Ansatz erfahren wollen, der bis in das beginnende 21. Jahrhundert hineinreicht.

Aktuelle Frauenfragen in allen Ländern sind nur nachvollziehbar, wenn man umfassend und nicht eindimensional Entwicklungen und Hintergründe kennt.

Was sind dabei »Frauenfragen«? Es gehören dazu Religionsthemen (auch die Kopftuchproblematik und ähnliche Fragestellungen), ebenso das Verhältnis von Eltern zu ihren Kindern oder z. B. Mitwirkungsrechte oder -pflichten von Männern im familiären Bereich; außerdem die Chancen für Frauen in Führungspositionen, überhaupt die Frage nach ihren Karrieremöglichkeiten im Beruf, in der Politik oder Durchsetzungsmethoden wie Quotenregelungen. Das Bildungssystem für Frauen und ihre Möglichkeiten in der Wissenschaft sind wichtige Indikatoren. Diese und zusätzliche Aspekte werden von der Verfasserin in der vorliegenden Studie anschaulich diskutiert und dokumentiert.

Wie eine zusammenfassende Einleitung stellt die Autorin ein ausführliches, ungewöhnlich inhaltsreiches »Vorwort und Dank« an den Beginn ihrer Studie. Die folgende Einführung bietet eine

theoretische Grundlegung, die Methodik und diverse Begriffsbestimmungen, wie z. B.: »Was bedeutet »Beteiligung der Frauen (an der Revolution)?««.

Es folgen die Länderberichte im Einzelnen, bei denen Aspekte beleuchtet werden, wie die historisch revolutionären Entwicklungen, die diversen Rechtsregelungen und Rechtsstrukturen. Es werden aber auch kulturelle Fragen behandelt, z. B. aus der Literatur oder der Musik. Insgesamt geht es vor allem um die politischen Aktivitäten von Frauen. Diese »politischen« Aktivitäten umfassen nach Majers Interpretation alle Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens mit Ausnahme von möglichen ökonomischen Forderungen.

Als erstes Land wird Frankreich beschrieben. Hier fallen besonders einige interessante, detaillierte Beschreibungen einzelner Frauenschicksale auf. Das Rechtssystem wird in seinen Voraussetzungen sehr genau, Paragraph für Paragraph, durchleuchtet. Es geht um Ehe- und Familienrecht, um Erbrecht, um die Stellung nichtehelicher Kinder, um Fragen der Vormundschaft.

Der Bericht zu Deutschland stützt sich sehr stark auf philosophisches Gedankengut z. B. bei Kant oder Rousseau. »Kant als der große Menschenkenner.... in dem er.... Aus der Schwäche der Frauen etwas Positives macht, so dass das Gleichgewicht der Geschlechter gewahrt ist« (S. 118) oder der Hinweis auf das Buch von Heinrich Campe (S. 119) *Väterlicher Rat an seine Tochter* (Wien 1790), wonach Kant den Frauen den schönen, den Männern den tiefen Verstand zuweist. Als »*Erkenntnisquelle*« (S. 130) für das gesellschaftliche Leitbild der Frauen..... (werden auch) »*die so genannten Benimm- und Anstandsbücher*« herangezogen.

Die Verfasserin arbeitet exakt die in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestehende Diskrepanz heraus zwischen dem üblichen Bild der Frau in der Familie, in der Ehe, das heißt ein Frauenbild geprägt von »Anstand« und stellt daneben die Wirklichkeit, nämlich welche »Aus-schweifungen« gleichzeitig gelebt werden. (S. 131). Die Verfasserin versucht das jeweils geltende Frauenbild herauszuarbeiten, sie macht auch deutlich, wie kämpferische Frauen gleichzeitig trotzdem Rücksicht nehmen auf das traditionell geprägte Frauenbild (S. 182) und zwar gezielt der Frauen wegen und um der Durchsetzbarkeit ihrer Forderungen. Das Grundgesetz und insbesondere

das aktuelle Ehe- und Familienrecht hätte ausführlicher behandelt werden können. Dafür werden aber, ebenfalls wichtig, typisch deutsche Bildungsentwicklungen für Frauen dargestellt (S. 229ff).

Über Österreich schreibt die Verfasserin erheblich weniger, die Ausblicke auf die weiteren Länder sind naturgemäß kürzer, aber auch prägnanter. Die Ausführungen in Blick auf die Schweiz sind am zeitnahesten. Bei den USA ist nicht viel Aktuelles zu finden. Im »Ausblick auf Russland« nennt die Autorin interessante Rechtsdetails.

Majer bemüht sich, nichts unerwähnt zu lassen; das macht auch das ganz besondere dieser Studie aus, die sich auf knapp 20 Jahre Projektarbeit stützt. Hinzu kommen die umfassenden Literaturrecherchen, auch Romanliteratur wird verwendet, und die Quellenbearbeitung. Viele Details finden sich noch in den langen, ebenfalls aufschlussreichen, vielfältigen, spannenden Fußnoten. Abgerundet wird die Darstellung durch eine umfassende, wunderbare Dokumentation, auch mit Berichten von Frauen über Revolutionen, mit treffenden Zitaten aus Operntexten (Wagner u. a.), trefflich, immer passend (z. B. S. 422ff).

Am Schluss der Dokumentation findet sich eine Landkarte, in der äußerst übersichtlich die zeitliche Entwicklung des Wahlrechts für Frauen und Männer in den Ländern aufgezeigt wird.

Als ein besonderes Highlight sind noch die etwa 100 Abbildungen zu nennen; sie sind humorvoll, drastisch, einfach faszinierend. Der Schnellleser kann sich in manchen Teilen inhaltlich an ihnen orientieren.

In einigen Phasen der Entwicklung im 18. Jahrhundert z.B. finden sich nur wenige historisch passende Texte; stattdessen geben die Bilder die wesentlichen Inhalte wieder, sie ersetzen die Quellen. So finden sich am Anfang des Textes, der chronologisch aufgebaut ist, mehr Bilder als auf den nachfolgenden Seiten. Leider. Auch hier hätten Bebilderungen, zusätzliche Unterstreichungen und Veranschaulichung der Abläufe bieten können.

Die Autorin fragt abschließend (S. XV), ob wir uns heute auf dem Weg zu einem neuen Feminismus befinden. Nachdem es in den 1980-er Jahren noch um die Fragen grundsätzlicher Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ging, steht heute die Frage im Vordergrund: Wie können Frauen sinnvoll Karriere, Führungspositionen mit Familie (Kinder, Mann) vereinbaren?

Das Buch gibt Auskunft über alle relevanten Entwicklungen bis heute mit einer insgesamt gelungenen Mischung aus historischen Ansatz, juristisch klarer Erläuterungen und sozialwissenschaftlicher Durchdringung in einer gelungenen fachübergreifenden speziellen politischen Denkweise.

Diemut Majer gilt Dank, Anerkennung, Glückwunsch für das Werk: Es macht Freude dieses besondere Buch zu lesen.

Gabriele Kokott-Weidenfeld

Jochen OLTMER: Migration im 19. und 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag. 178 Seiten, 19,80 EUR.

Wanderungen bilden ein konstitutives Element in der Menschheitsgeschichte, seit sich der »Homo sapiens als homo migrans über die Welt ausgebreitet hat« (Bade). Migration ist hierbei zu verstehen als die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen.

Migration und Integration sind in Wissenschaft und Politik seit Jahren vieldiskutierte Themen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die Steuerung von Migration und die Gestaltung von Integration ist das Interesse an früheren Wandervorgängen gewachsen. Die Vielzahl von Ausstellungen zu Aspekten der Geschichte der Migration in deutschen Museen, der Aufbau von zwei Auswanderermuseen und die breite Diskussion um die Errichtung eines Migrationsmuseums im Kontext der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« dokumentieren das seit den 1990er Jahren wachsende öffentliche Interesse am Thema. Allerdings wird nicht immer erkannt, dass Phänomene, die heute als »Integrationsprobleme« wahrgenommen werden, häufig das Ergebnis historischer Prozesse sind. Auch die gegenwärtige Migrationspolitik ist als Folge einer langen Geschichte des staatlichen Umgangs mit räumlichen Bevölkerungsbewegungen zu verstehen.

Jochen Oltmer, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück, hat eine Darstellung zu den Migrationsverhältnissen in Deutschland vom Ende des 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts vorgelegt. In einem umfassenden Überblick wird das vielgestaltige Phänomen Migration mit seinem breiten Spektrum an wirt-

schaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen, Formen und Folgen dargelegt. Das als Band Nr. 86 in der *Enzyklopädie deutscher Geschichte* erschienene Buch stellt ein Arbeitsinstrument dar, das rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand der Forschung informiert. Ziel der Darstellung ist es, zentrale Strukturmuster räumlicher Bevölkerungsbewegungen herauszuarbeiten sowie grundlegende Vorgänge und Entwicklungen im Wandergeschehen aufzuzeigen.

Das Buch enthält drei Kapitel. Der darstellende Teil fasst den heutigen Stand der Kenntnisse zusammen (I. Enzyklopädischer Überblick). Ihm schließen sich die Darlegung und Erörterung der Forschungssituation (II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung) und eine entsprechend gegliederte Auswahlbibliographie (III. Quellen und Literatur) an. Abgerundet wird der Band mit einem detaillierten Personen-, Orts- und Sachregister.

Wie der Autor erläutert, lassen sich im Wandergeschehen Deutschlands für den ausgewiesenen Zeitraum mehrere grundlegende Prozesse ausmachen:

Erstens: Kontinentale Abwanderung und überseeische Massenauswanderung: Hinsichtlich der grenzüberschreitenden Fernwanderungen dominierte von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die 1830-er Jahre die kontinentale Abwanderung nach Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa und danach bis zum späten 19. Jahrhundert die transatlantische Massenauswanderung.

Zweitens: Intra- und interregionale Arbeitswanderungen: Aufgrund von Industrialisierung, Urbanisierung und Agrarmodernisierung erfolgte im 19. Jahrhundert ein grundlegender Wandel der Migrationsverhältnisse. Traditionelle agrarische Arbeitswanderungssysteme verloren an Bedeutung, während neue industrielle und städtische Zentren millionenfache interne und grenzüberschreitende Wanderungen auslösten.

Drittens: Grenzüberschreitende Arbeitsmigration: Der Umbau von Staatlichkeit im Zuge der »Nationsbildung« Ende des 19. Jahrhunderts führte zu vielfältigen Veränderungen der Rahmenbedingungen von Migration und Integration. Die Folge waren gesetzliche und administrative Zugangsbarrieren vor allem gegenüber jenen Zuwanderungsgruppen, denen ein hohes Maß an Fremdheit zugeschrieben wurde.

Viertens: Flucht und Vertreibung: Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts führten zu einer enormen Zunahme der Zwangswanderungen, zu Deportation und Zwangsarbeit sowie zu Exil und Asyl. Deutschland war vor allem im und nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zentrum des Zwangswanderungsgeschehens, dessen Folgen vielfach noch heute präsent sind.

Fünftens: Die Migrationsverhältnisse in der Bundesrepublik sind ein Beispiel für die Einführung eines neuen »Migrationsregimes« in Rechts- und Wohlfahrtsstaaten seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Eine weit reichende Zulassung von ausländischen Arbeitskräften seit Mitte der 1950er Jahre korrespondierte bei zunehmender Aufenthaltsdauer mit einer schrittweisen Verfestigung des Aufenthaltsstatus der Zuwanderer. Nach den Grenzöffnungen 1989/90 gewann die Ost-West-Wanderung erneut an Bedeutung. Zum Teil knüpften die europäischen Migrationsverhältnisse wieder an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg an.

Für das Verständnis der heutigen Zeit kommt natürlich den Ausführungen zu Zuwanderung und Integration seit den 1950-er Jahren besondere Relevanz zu. Wie gezeigt wird, bildet die Zuwanderung der Aussiedler, eine Art »Rückwanderung über Generationen hinweg«, mit rund 4,5 Millionen Personen von 1950 bis 2007 – nach den Zuwanderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Nachkriegszeit mit etwa 12,5 Mio. Personen sowie der ausländischen Arbeitsmigranten seit

Mitte der 1950er Jahre – die drittstärkste Wanderungsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bezug zu aktuellen Debatten – etwa im Hinblick auf das geplante »Zentrum gegen Vertreibung« – haben nicht zuletzt die Abschnitte »Flucht und Vertreibung« sowie »Exil und Asyl«.

Abschließend spricht der Autor die Bedeutung der administrativen Zuschreibung spezifischer Eigenschaften von Migranten und ihre Klassifizierung entsprechend staatlicher Ordnungskriterien an. Um nicht unhinterfragt Einordnungen zu übernehmen, ist die Migrationsforschung aufgerufen, die eigenen Kategorisierungen und die daraus folgenden Beschreibungen von Bedingungen, Formen und Folgen von Migration beständig zu überprüfen.

Jochen Oltmer ist es gelungen, eine informative Darstellung vorzulegen und aufzuzeigen, dass bestimmte Wanderungsformen wie etwa die zirkuläre Migration keineswegs »neu« sind. Manche Aspekte hätte man sich etwas ausführlicher dargestellt gewünscht, vor allem wird die Entwicklung des letzten Jahrzehnts bestenfalls gestreift. Zudem fällt der Umgang mit Abbildungen und Tabellen höchst sparsam aus, auf Karten wird sogar völlig verzichtet. Trotz dieser Einschränkungen hat der Autor aber einen höchst instruktiven Überblick vorgelegt, der die Dimensionen des Themas sehr gut ausleuchtet und zur Reflexion anregt.

Peter Schimany